

Strategie, Steuerung und Einsatz der IT in der Thüringer Landesverwaltung

Zur Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags – Drucksache 5/7999

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich würde mich freuen, wenn zum Thema Netzpolitik, IT-Strategie, alles was irgendwie mit dem Internet zu tun hat, nicht immer ich als Erste aufgerufen würde. Das wirkt irgendwie so ein bisschen, als ob es mich zum Erklär-Bären bräuchte,

(Heiterkeit DIE LINKE)

damit im Anschluss die anderen entsprechend reagieren können. Da können Sie ja mal nachschauen in den letzten Tagesordnungspunkten.

Vizepräsidentin Hitzing:

Frau König, Moment. Ich habe leider die letzten Tagesordnungspunkte nicht im Kopf gehabt und deshalb wurden Sie als Erste aufgerufen, nicht als Erklär-Bär, einfach in der Reihenfolge.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Das war eine Interpretation von mir, die, glaube ich, nicht so ganz falsch ist. Worum es geht. Wir hatten als Fraktion DIE LINKE einen Antrag in 2013 eingebracht, das ist jetzt Teil a) des Tagesordnungspunkts 10, und zwar „Beteiligung des Freistaats Thüringen am bundesweiten Onlineportal GovData.de“. Worum es da geht, vielleicht auch für Sie zur Erklärung, liebe Besucher, die Sie auf der Tribüne sitzen, aber auch für diejenigen, die uns über das Internet zuhören. Es geht darum, dass zentral für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Informationen aus den Behörden zur Verfügung gestellt werden, und zwar zentral an einer Stelle im Internet abrufbar. Das bedeutet, sowohl Beschlüsse als auch entsprechende Vorbereitungen für Strategieplanungen als auch möglicherweise Dokumente, mit denen man Dinge beantragen kann im Internet und, und, und, das alles soll über das Portal GovData, welches übrigens ein Projekt vom Bund ist, bereitgestellt werden. Wir haben gefordert, dass sich Thüringen entsprechend daran beteiligt und dass Thüringen dabei auch - ich nenne es mal - Richtlinien beachtet, zum Beispiel, dass Thüringen die Grundsätze der Open-Data-Prinzipien in vollem Umfang berücksichtigt.

Der Antrag ist in den Haushalts- und Finanzausschuss verwiesen worden. Dort ist er mehrfach debattiert worden. Schließlich kam die Entscheidung - so nenne ich es jetzt mal -, dass es ja eine Strategie für E-Government und IT des Freistaats Thüringen gibt, die uns heute hier vorliegt und die in 10 b) beraten wird, und über diese IT-Strategie würde unser Antrag GovData entsprechend mit behandelt werden. Nun gibt es einen Änderungsantrag, einen Alternativantrag der Fraktionen der CDU und SPD, in dem es heißt: „Maßnahmen für eine vernetzte und transparente Verwaltung in Thüringen“.

Sozusagen versuchen SPD und CDU mal wieder, einen guten Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema Netzpolitik durch einen Alternativ- oder auch Änderungsantrag, so wie es schon des Häufigeren war, zu übernehmen, abzuschwächen, nicht in der konkreten Art und Weise, wie wir es beantragt haben, hier in den Landtag einzubringen. Sondern anstelle einer umfassenden Umsetzung der Open-Data-Prinzipien steht dann beispielsweise im Antrag der Fraktionen der CDU und SPD, dass man entsprechende Möglichkeiten, Grundsätze von Open Government mit berücksichtigen kann, mit berücksichtigen sollte. Was das in der Konsequenz bedeutet, ob es dann wirklich zur Umsetzung der Strategien, der Open-Data-Grundsätze kommt, wage ich noch zu bezweifeln.

CDU und SPD erklären in ihrem Alternativantrag, wie wichtig es ist, GovData, Open-Government und Ähnliches mehr einzuführen, und dass auch Thüringen sich daran beteiligt. Wenn Sie das machen, verstehe ich nicht, warum Sie dann so einen - ich nenne es mal - Wischi-Waschi-Alternativantrag vorlegen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der mal wieder überhaupt nicht konkret ist, der mal wieder in der Konsequenz nichts bedeutet außer, finden wir gut, wir hätten ja gerne, aber wir können das nicht machen, weil der richtige und gute Antrag stammt eben aus der Oppositionsfraktion und deswegen können wir das nicht machen, deswegen lehnen wir das ab

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und legen einen entsprechenden Antrag vor, der in der Konsequenz überhaupt nicht zur Verbesserung von im weitesten Sinne Open-Government-Strategien in Thüringen beiträgt. Dann kommen wir zu 10 b), der Strategie für E-Government und IT des Freistaats Thüringen. Da ist schön aufgelistet, und zwar von A bis E. Wir haben noch ergänzt F wie „fehlt“, was sich der Freistaat Thüringen in den nächsten Jahren zur IT-Strategie gibt und was er vorhat. Ich kenne so etwas aus der Sozialpädagogik, da formuliert man auch immer Ziele und schreibt so schöne Wörter wie „Nachhaltigkeit“ und „man müsste“ und wie man das dann kontrolliert, hinein. Normalerweise funktioniert das, so dass man entsprechend dann eine Finanzierung für ein Projekt oder für eine Institution oder ähnliches mehr bekommt. Das, was aber ursprünglich im Konzept drinstand, wird in der Konsequenz selten überprüft, geschweige denn auch umgesetzt. Und so ähnlich verstehe ich auch einen Großteil der Leitsätze der Strategie für E-Government und IT des Freistaats Thüringen. Ich will Ihnen einige Beispiele dafür vortragen.

Zum Beispiel steht im Leitsatz unter A: „E-Government trägt der (...) aktuellen digitalen Entwicklung (...) Rechnung, indem nutzerorientierte und sichere Verwaltungsdienste und Informationen (...) bereitgestellt werden.“ Das ist ein wunderschöner Satz. Nur, wenn der überhaupt nicht mit irgendwas untersetzt ist, wo das denn konkret umgesetzt werden soll, was der Freistaat dafür tun soll, dann bleibt es - Entschuldigung, dass ich das so sagen muss - blubb. Das ist ein Blubbsatz, der in der Konsequenz kein einziges Ministerium, keinen einzigen Menschen in der Verwaltung dazu auffordert bzw. Arbeitsaufgaben benennt, wie man denn der aktuellen digitalen Entwicklung Rechnung tragen kann. Es gibt nämlich keinen Automatismus im Sinne von „ich schreibe so einen Satz in die IT-Strategie rein und in der Konsequenz passiert das auch“, nein, ich muss konkret benennen, was ich eben dazu tun will, um das entsprechend umsetzen zu können.

Dann schreiben Sie unter Leitsätzen unter A, E-Government würde zur Wirtschaftlichkeit

beitragen. Das ist ja gut, das ist ja schön. Aber auch das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das funktioniert nur, wenn es eine aufeinander abgestimmte und ineinandergreifende IT-Strategie gibt, und nur dann bringt sie Effizienz. Das ist wieder so ein Satz. Schön formuliert bedeutet aber in der Konsequenz nicht, dass es auch dazu kommt. Und das fehlt mir in der kompletten IT-Strategie, die hier faktisch von CDU und SPD, der Staatskanzlei vorgelegt wurde.

Da wir verkürzte Redezeit haben, muss ich jetzt springen und kann Ihnen leider nicht bei allen Punkten erklären, was da nicht funktioniert und wo es fehlt. Ich will noch ein Beispiel machen - nein, noch mehrere. Unter C wie „Ziele“ heißt es zum Beispiel, dass Sie die Einfachheit wollen, und zwar behaupten Sie, thüringen.de, die Website, sei thematisch klar strukturiert und bedienungsfreundlich. Das Schreiben Sie dort einfach hin. Ich weiß nicht, ob Sie jemals wirklich dort selber versucht haben, Dinge zu finden, und wenn Sie schon meinen, dass Einfachheit ein Ziel ist, dann müssen Sie auch solche Themen wie einfache Sprache erwähnen. Dann muss auch thüringen.de entsprechend gestaltet werden für Menschen, die einfache Sprache benötigen, um nachvollziehen zu können, was wir hier im Thüringer Landtag, was in Thüringen vor sich geht.

Ich suche mir jetzt noch zwei Punkte raus, die ich schaffe, von den Sachen, die hier alle nicht hinhauen in ihrer IT-Strategie. Ich nehme mal Organisation. In der Organisation fehlt komplett die Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen, hier einen IT-Planungsrat, sozusagen einen IT-Arbeitskreis aufzubauen, in dem der Datenschutzbeauftragte eine beratende Stimme hat, aber in der Konsequenz höchstwahrscheinlich wenig Einfluss und Entscheidungsmöglichkeiten. Genauso fehlt in ihrem IT-Arbeitskreis eine demokratische Kontrolle durch das Parlament. Es gibt ja nicht mal eine Mitwirkung des Parlamentes an ihrem IT-Arbeitskreis, so wie sie den sich vorstellen.

Vizepräsidentin Hitzing:

Frau König, einen Moment. Wir haben zwei Teile, zwei mal halbe Redezeit.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Ach, ich habe doppelte Redezeit, sehr schön. Dann mache ich zwischendurch mal Pause, setze mich hin und höre mir an, was die anderen erzählen, um dann wieder entsprechend reagieren zu können.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Das Problem, was ich auch sehe, an Ihrem IT-Arbeitskreis: Der kommunale Beirat hat kaum IT-Kenner überhaupt in seinen eigenen Reihen. Ich weiß nicht, mit wem ...

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Was ist das für ein Benehmen!)

Ich benehme mich sehr wohl. Ich habe sehr wohl Benehmen. Ich äußere mich hier gerade zur IT-Strategie. Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie sich darüber mit mir in die Debatte begeben möchten, können Sie gerne ans Mikrofon gehen und mir eine Fachfrage zum

Thema stellen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Wenn Sie das nicht wollen, dann würde ich Sie bitten, mir zuzuhören, bis ich fertig bin. Was wir positiv sehen unter der Organisation, ist, dass es zu einer Zentralisierung von Aufgaben und Kompetenzen kommt. Das ist zumindest ein richtiger Schritt.

Unter F wie „fehlt“, das ist in der IT-Strategie selber nicht erwähnt worden, möchte ich zumindest einige Punkte noch ansprechen. Es gibt überhaupt keine Pläne zur Vermeidung proprietärer Programme. Es gibt Einsparungspotenzial von Open-Source-Software, die aber durch diese IT-Strategie ignoriert wird. Es gibt keine konkreten Aussagen, wie die aufgeführten Ziele - ich habe es ja vorhin schon erwähnt, es ist viel Schönes formuliert, aber wenig davon konkret untersetzt, wie beispielsweise Barrierefreiheit, Nutzerorientierung, Durchgängigkeit, Sensibilisierung für Datensicherheit und, und, und - umgesetzt, aber auch wie das Ganze überprüft werden soll. Zuletzt fehlen uns generell konkrete Aussagen in der uns vorgelegten IT-Strategie. Jetzt mache ich erst mal Schluss, warte auf Ihre Reaktion und werde mich dann zu geeigneter Zeit noch mal zu Wort melden, um die Äußerungen aus CDU, aus SPD, weiß nicht, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie es da läuft, vielleicht noch mal zu kommentieren. Danke schön erst einmal.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)